



offene Liste
Ratsfraktion
Eiland 10
42651 Solingen
T 0212-200740
F 0212-12404
E gruene-sg@telebel.de

B. 90/Die Grünen-offene Liste, Eiland 10, 42651 Solingen

Den Vorsitzenden im:

JHA, Herrn Tim Kurzbach
AKST, Herrn Prof. Dr. Jörg Becker
ASW, Herrn Heinz-Eugen Bertenburg
HuPa, Herrn OB Norbert Feith

Den zuständigen Dezernenten
und den Fraktionen zur Kenntnis

Solingen, den 7.1.2015

Antrag zu den nächsten Sitzungen von:

Jugendhilfeausschuss am 26. Januar 2015

Ausschuss für Schule und Weiterbildung am 27. Januar 2015

Ausschuss für Kultur, Stadtmarketing und Tourismus am 29. Januar 2015

Haupt- und Personalausschuss am 3. Februar 2015

Prävention ausbauen – Angebote für politische Bildung verbessern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Vorsitzende,

namens der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste bitten wir darum,
nachstehenden Antrag in der o.g. Sitzung zur Abstimmung zu stellen:

Der JHA / ASW / AKST / HuPa beschließt:

„Die Stadtverwaltung (insbesondere Jugendförderung und kommunales Integrationszentrum – Koordinatorin Antidiskriminierungsarbeit) wird gebeten, zusätzliche Maßnahmen vorzustellen bzw. zu erarbeiten, um die politische Bildung vor allem bei Jugendlichen zu verbessern. Ziel ist es, vertiefende Kenntnisse zu vermitteln für das Verständnis folgender existentieller Grundlagen eines offenen staatlichen Gemeinwesens: Demokratie, Grundgesetz, Menschenrechtskonventionen, Demonstrationsrecht, Gewaltenteilung, freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Informationen über den Nationalsozialismus, den Widerstand und den Rechtsextremismus – sowie die Beschäftigung mit den aktuellen Fragen zu Politik und Religion im Zusammenhang mit Israel, Judentum, Nahostkonflikt und Islamismus/Salafismus sind mögliche Themen. Die Auseinandersetzung damit bietet *eine* von vielen Möglichkeiten, die politische Urteilsfähigkeit zu verbessern. Dazu gehört es auch, einen Diskurs darüber zu führen, wie eine zwar kritische, aber sachlich angemessene und nicht pauschale und polemische Auseinandersetzung mit Religion(en) aussehen kann.

Perspektivisch ist ein Konzept für die Verbesserung von politischer Bildung „von der Wiege bis zur Bahre“ aller Bevölkerungsteile mit einem möglichst breiten Netz an AkteurInnen notwendig.

Die zu ergreifenden Maßnahmen sollen idealerweise sowohl in Kooperation mit den Schulen und hier insbesondere den Geschichts- und Politiklehrerinnen und -lehrern, der Bergischen VHS, dem Stadtjugendring, dem Jugendstadtrat als auch mit Organisationen und Vereinen stattfinden. Als Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier genannt: Naturfreunde, Gewerkschaftsjugend, Parteien, Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft, VVN...Wichtig ist, die unterschiedlichen Zielgruppen auch über die Einbindung von „Peer-Groups“ zu erreichen. Zusätzlich sollen auch Projekte aus dem kulturellen Bereich wie Theaterprojekte mit einbezogen werden.

Darüber hinaus ist eine gesamt-städtische Planung zu entwickeln, die das Ziel hat, die Beratung und die Strategien im Umgang mit den Jugendlichen, die dem islamistischen Fundamentalismus anheimzufallen drohen, deutlich zu stärken und zu verbessern. Dazu gehört auch ein Konzept der Beratung von Eltern und nahen Angehörigen.“

Begründung:

Unsere staatlichen Rechtsgrundlagen beruhen unter Anderem auf dem Konsens allgemeiner, weltanschaulicher und religiöser Toleranz, und dem Verbot, zu Gewalt aufzurufen oder diese zur Durchsetzung eigener Interessen anzuwenden.

Die politische Auseinandersetzung in diesem Land kann nur funktionieren, wenn das demokratische und rechtsstaatliche politische System dieses Landes von allen hier lebenden Menschen akzeptiert und gelebt wird. Die antisemitischen Ausschreitungen des vergangenen Jahres (wie der versuchte Brandanschlag auf die Synagoge in Barmen oder menschenverachtende Parolen auf Demonstrationen auch in Solingen), die aktuell erstarkende „Pegida-Bewegung“ sowie auch Ausschreitungen unter den Mitgliedern weiterer Religionen und Glaubensgemeinschaften sind für uns ein Zeichen, dass dieser insgesamt schon brüchige Konsens verstärkt gefährdet ist. Insbesondere zu viele Jugendliche wissen nicht über politische und historische Hintergründe Bescheid, entgleiten dem elterlichen Einfluss und sind anfällig für die Szenerien von Hasspredigern oder Rechtsextremen.

Deshalb ist es notwendig, die Integrationsbemühungen vor allem mit dem Schwerpunkt der politischen Bildung entscheidend zu verbessern. Politische Bildung im Sinne von Aufklärung und Humanismus sollte so früh wie möglich ansetzen und von einem weiten Netz an AkteurInnen – auch einschließlich der Politik - getragen werden. Als notwendige und wichtige Akteurin ist die Bergische VHS hier zu stärken. Diese war in der politischen Bildung früher personell und finanziell deutlich besser aufgestellt. Zu den Zeiten, als es in Solingen noch eine eigenständige VHS-Leitung gab, war das Thema politische Bildung „Chefsache“ mit eigenem Budget.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Iris Michelmann
für den JHA

gez.
Enrique Pless
für den ASW

gez.
Martina Zsack-Möllmann
für den AKST

gez.
Ursula Linda Zarniko
für den HuPa